

## SINGAPUR

## NACHRICHTEN

**Chia Thye Poh nach 23 Jahren aus Gefängnis entlassen**

Nach 23 Jahren Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren wurde Chia Thye Poh am 17.5.89 aus dem Gefängnis entlassen. Lediglich Nelson Mandela in Südafrika ist länger in politischer Haft gewesen als Chia. Allerdings sind an seine Freilassung folgende Bedingungen geknüpft: er darf sich lediglich auf der Touristeninsel Sentosa, die etwa 1 km Singapur vorgelagert liegt, frei bewegen und die Insel nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Sicherheitspolizei (ISD) verlassen; ihm ist nicht gestattet auf öffentlichen Versammlungen zu reden, einer politischen Partei beizutreten oder in Kontakt mit Leuten zu treten, die jemals nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) in Malaysia oder Singapur inhaftiert wurden, es sei denn, es handelte sich um den von der Regierung eingerichteten Verein für ehemalige politische Gefangene. Auf der Insel darf er mit seiner Familie zusammenleben und auch Besucher empfangen. Die Regierung hat Chia eine Arbeit als Museums-Angestellter mit einem Monatsgehalt von S\$ 900 angeboten.

Der 48jährige Chia war früher Parlamentsabgeordneter für die inzwischen aufgelöste Barisan Socialist und Physik-Dozent an der inzwischen ebenfalls aufgelösten chinesischen Nanyang-Universität. Bisher hatte die Regierung immer darauf bestanden, daß Chia nur nach dem Geständnis, er habe Kontakte zur KP Malaya gehabt, und einem Abschwören von Gewaltanwendung aus der Haft entlassen werden würde. Chia hatte eine solche Aussage immer verweigert und Kontakte zur KP verneint. Trotzdem wurde Chia nun doch freigelassen, weil die ISD inzwischen davon ausgeht, daß die KP-Organisation in Singapur, zu der Chia gehört hätte, inzwischen so geschwächt und zerschlagen ist, daß seine Freilassung kein Sicherheitsproblem mehr darstellt. Auch hatte er vor einigen Jahren ein Angebot der Regierung abgelehnt, in ein Land seiner Wahl auszuwandern, was nach seiner Auffassung einer Verbannung gleichkäme.

Bei seiner Freilassung hat Chia gegenüber Reportern erneut eine Mitgliedschaft in der KP be-

stritten und das ISA angeprangert. Er forderte die Regierung auf, ein ordentliches Gerichtsverfahren gegen ihn einzuleiten, wenn sie Beweise für ihre Anschuldigungen hätte. Außerdem sieht er die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit als ein erneutes Gefängnis und fordert seine bedingungslose Freilassung. Während seiner Haft sei er keiner physischen Folter unterzogen worden, aber in den ersten Jahren hielt man ihn in einer dunklen Zelle ohne Fenster. Er soll gesagt haben, daß er zeitweilig glaubte, er würde wahnsinnig. Die einzigen Oppositionsabgeordneten im Parlament, Chiam See Tong und Lee Siew Choh, begrüßten einerseits die eingeschränkte Freilassung, forderten aber die vollständig Wiederherstellung von Chias Bürgerrechten.

Immer noch in politischer Haft nach ISA befinden sich Vincent Cheng und die Rechtsanwältin Teo Soh Lung, die im Mai 1987 verhaftet wurden.

vgl. FEER v. 1.6.89, S. 25

**Britischer Anwalt darf nicht mehr in Singapur arbeiten**

Der bekannte britische Menschenrechtsanwalt und Königliche Rat Anthony Lester darf auf Anweisung der Regierung Singapurs nicht mehr vor Gerichten des Stadtstaates auftreten. Lester hatte die Rechtsvertretung für die nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) ohne Gerichtsverhandlung verhaftete Rechtsanwältin Teo Soh Lung übernommen und durch einen Habeas-Corpus-Antrag im Berufungsverfahren ihre Freilassung erreicht. Allerdings wurde sie zusammen mit 3 weiteren Mitgefangenen lediglich wenige Minuten freigelassen und mit einem neuen ISA-Haftbefehl sofort wieder eingesperrt (vgl. SOAI 1/89, S.34).

Lester hat gegen diese Verhaftung erneut ein Habeas-Corpus-Verfahren angestrengt. Zum Zeitpunkt der Verhandlung am 10.3.89 teilte ihm die Regierung mit, daß er nach diesem Fall nicht mehr in Singapur als Anwalt praktizieren dürfe. Mit der Art seines Einsatzes für seine Mandantin sei er über die rein rechtliche Vertretung hinausgegangen. Außerdem habe er sich auch außerhalb der Gerichte für Teo eingesetzt und sich somit in die inneren Angelegenheiten Singapurs eingemischt. In den meisten ehemaligen britischen Kolonien und Commonwealth Ländern,

sind grundsätzlich britische Königliche Räte (Queen Councils) an den Gerichten als Anwälte zugelassen.

In einer Erklärung der Regierung werden folgende Gründe angeführt: Lester sei persönlich von Teos Fall betroffen und habe gegenüber dem Botschafter Singapurs in Frankreich sich pessimistisch über das Resultat des Verfahrens vor dem Berufungsgericht geäußert; er habe auf einem Seminar in London im Dezember die Auffassung geäußert, daß in Malaysia und Singapur die Demokratie und die Unabhängigkeit der Justiz unterlaufen werde; er habe über britische Anwaltskreise nach der 2. Verhaftung von Teo versucht, die britische Regierung dazu zu bewegen, Druck auf die Regierung von Singapur auszuüben; er habe behauptet, daß er Teos Fall übernommen habe, weil Anwälte in Singapur sich dazu nicht trauten und Angst vor einer Verhaftung hätten.

Die britische Regierung brachte zum Ausdruck, daß Lester ein im Commonwealth und Europa anerkannter Menschenrechtsanwalt sei und daß sein Ausschluß von Gerichten in Singapur auf große Empörung stoßen würde. In einem Kommentar der britischen „Financial Times“ wird vermutet, daß Lesters Kollegen

nun ebenfalls dafür sorgen könnten, daß der Premierminister Singapurs, Rechtsanwalt, Lee Kuan Yew, Ehrenmitglied der „Honourable Society of the Middle Temple“, worauf er nach eigenen Aussagen sehr stolz sei, ebenfalls aus dieser Vereinigung ausgeschlossen werden könnte.

vgl. ST v. 11.3.89; Financial Times v. 20.3.89

**Habeas-Corpus-Antrag abgelehnt**

Ende April wurde vom Singapore High Court ein erneuter Habeas-Corpus-Antrag für die nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) im Dezember'88 erneut verhaftete Rechtsanwältin Teo Soh Lung abgelehnt. Entsprechend den im Januar 1989 verabschiedeten Veränderungen des ISA (vgl. SOAI 1/89, S.35) sei das Gericht nicht mehr befugt, ISA-Fälle zu untersuchen.

Teo hatte im Dezember 1988 durch einen Habeas-Corpus-Antrag in einem Berufungsverfahren ihre Freilassung erreicht. Allerdings wurde sie zusammen mit 3 weiteren Mitgefangenen lediglich wenige Minuten freigelassen und mit einem neuen ISA-Haftbefehl sofort wieder eingesperrt (vgl. SOAI 1/89 S.34).

vgl. FEER 4.5.89 S.14

**Hin und her mit illegalen Arbeitern aus Thailand und Indien**

Nachdem in einer aufwendigen Aktion seitens der thailändischen Regierung ca. 10.000 illegale Arbeiter kurzfristig vor dem 31.3.89 nach Thailand zurückgeholt wurden, um sie vor einer harten Bestrafung entsprechend einer neuen Gesetzesänderung zu verschonen, war im April die Regierung Singapurs schon wieder bereit 9.800 von ihnen erneut aufzunehmen. Dies war das Resultat von Verhandlungen des thailändischen Außenministers Siddi Savetsila mit verschiedenen Ministern in Singapur. Normalerweise würde illegal Einreisenden eine erneuter Aufenthalt in Singapur nicht mehr gestattet. In diesem Fall hingegen werden sie gegenüber anderen Thais, die in Singapur arbeiten wollen, bevorzugt.

Obleich angeblich Singapur einen Mangel von 15.000 Arbeitskräften aufzuweisen hat, was die Zulassung der Rückkehr von thailändischen Arbeitern erklärt, mußten bis zum 19. Mai 1989 ca. 1.500 illegale indische Arbeiter nach Indien zurückgeholt werden. Die Regierung Singapurs hatte ihnen auf Drängen der indischen Regierung ein Amnestie bis zu diesem Tag zubilligt. Wie im Fall von Thailand (vgl. auch Nachrichten Thailand) soll dies ebenfalls über eine Luftbrücke und möglicherweise mit Schiffen der Marine geschehen.

10 Inder waren in der letzten April-Woche die ersten Ausländer, die nach dem neuen Gesetz wegen illegalen Aufenthaltes in dem Stadtstaat verurteilt worden sind. Daraufhin wurde der Botschafter Singapurs zum indischen Außenminister zitiert, der ihm seine Besorgnis über die Verurteilungen zum Ausdruck brachte.

In Singapur arbeiten über 100.000 ausländische Arbeiter vorwiegend aus dem unmittelbar benachbarten Malaysia, aber auch aus den Philippinen, Thailand, Indien, Sri Lanka und Pakistan.

vgl. FEER 30.3., S.13; 13.4., S.28; 4.5., S.14.; 18.5.89, S.14; Reuter 28.4.89

## NACHRICHTEN

## SINGAPUR

**Gehaltserhöhung für Minister und Beamte**

Eine Gehaltserhöhung zwischen 30% für Minister und Beamte und 60% für den Premierminister haben in der singapureanischen Öffentlichkeit zu gewisser Unzufriedenheit geführt. Beamten- und Ministergehälter in Singapur gehören bereits zu den höchsten in der Welt. So erhält der Premierminister mit umgerechnet ca. US\$ 273.000 mehr als der japanische (252.000) oder der US-Präsident (200.000). Singapur ist nach Auffassung der FEER vermutlich das erste Land, in dem die Gehälter im öffentlichen Dienst mit denen in der freien Wirtschaft mithalten. Auch sollen Bonus-Systeme für erbrachte Leistungen eingeführt werden. Danach würde Premierminister Lee Kuan Yew die Arbeit seiner Minister einschätzen und darüber entscheiden, ob sie eine Extrazahlung von 2 Monatsgehältern als Jahresbonus erhalten. Selbst der Kommentator der regierungstreuen Straits Times hält das Gleichziehen der Gehälter von hohen Beamten mit Managern nicht für angebracht, da sie nicht das gleiche Risiko zu tragen hätten.

(vgl. FEER v. 27.4.89, S.19)

**Brain Drain**

Abwanderungen aus Singapur scheinen der Regierung Singapurs Sorgen zu machen. Nach einem Bericht der Far Eastern Economic Review haben sie bereits einen solchen Umfang angenommen, daß ein Minister sie bereits als „Zeitbombe in unserer Mitte“ bezeichnete. Genaue Zahlen sind allerdings nicht zu erhalten. Nach Schätzungen sollen es etwa 3 bis 4.000 Menschen im Jahr sein, von denen ein großer Anteil ausgebildete Fachkräfte sind. Bei einer Gesamtbevölkerung von 2,6 Mio. mit ca. 55.000 Hochschulabgängern ist das eine beachtliche Anzahl. Beliebtestes Ziel ist Australien, dessen Botschaft 1988 in Singapur 2.905 Einwanderungs-Visa ausgestellt hat. Genaue Untersuchungen über die Auswanderungsgründe sind nicht bekannt. Nach Aussagen von Botschaftsangehörigen, die mit Auswanderungen zu tun haben, wird meist die Unsicherheit über die Zukunftsperspektive ihrer Kinder in Singapur im nächsten Jahrhundert als Auswanderungsgrund angegeben. Dabei mag eine Unzufriedenheit über die Ausbildungsmöglichkeiten eine Rolle spielen. Es wird ver-

mutet, daß die Regierung bereits eine Kommission zu diesem Problem eingesetzt hat, die dazu eine politische Strategie ausarbeiten soll.

Angesichts der Abwanderungen versucht Singapur, Fachkräfte aus Hongkong zur Einwanderung nach Singapur zu bewegen. Die Möglichkeit einer längeren Aufenthaltsgenehmigung ist bereits gegeben. An Hongkong-Chinesen ist Singapur auch deshalb besonders interessiert, weil es seinen überwiegend chinesischen Charakter beibehalten will.

(vgl. FEER v. 25.5.89, S.33f)

**BRD-Schnellboot für Singapur**

Die Fr. Lürssen-Werft in Bremen-Vegesack hat im September 1988 ein für die Marine Singapurs entwickeltes Flugkörperschnellboot fertiggestellt und mit längeren Erprobungsfahrten in der Ostsee begonnen. Es ist das erste von 6 Booten des neu entwickelten Typs MGB-62, das als Typenschiff in Bremen gebaut wurde. Die übrigen 5 sollen in Lizenz von der Singapur Shipbuilding and Engineering Company erstellt werden.

(vgl. Marine Rundschau 6/88)

**In Kürze:**

– Volle **diplomatische Beziehungen zur VR China** wird nach Aussagen des stellv. Premierministers Goh Chok Tong Singapur in der nächsten Zeit aufnehmen, nachdem nun auch Indonesien erklärt habe, es werde ebenfalls einen solchen Schritt tun. Dieser Schritt bräuche nicht übereilt zu werden, denn Singapur hat bereits freundschaftliche Handelsbeziehungen zu China.

(vgl. FEER 16.3.89 S.14)

– Ein **Verbot für singapureanische Unternehmen, Investitionen in Vietnam** zu tätigen, wurde am 4.4.89 ausgesprochen. Dieses Verbot würde so lange gelten, bis Vietnam all seine Truppen aus Kambodscha abgezogen habe. Bereits bestehende Investitionen müßten zurückgezogen werden. Geschäftsleute, die das Verbot nicht einhalten, wird der Pass konfisziert.

(vgl. FEER 13.4.89 S.67)

– Ein **Spendenauftrag** zur Dekkung von Anwaltskosten des ehemaligen Präsidenten Singapurs, **Devan Nair**, unterzeichnet von bekannten Politikern im Ruhestand – darunter der 1. Premierminister Malaysias, Tunku Abdul Rahman – wurde in einer Reihe von englisch-sprachigen Tageszeitung und u.a. als Leserbrief in der Far Eastern Economic Review veröffentlicht. Nair ist in einer Reihe von gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der Regierung Singapurs und dessen Premierminister Lee Kuan Yew, seinem ehemaligen Kampfgefährten, verwickelt. Trotz seiner einstmals hohen Ämter erhält er keinerlei Pension aus der Staatskasse Singapurs.

(vgl. FEER 13.4.89 S.7)

– Nach Angaben des staatlichen Statistikamtes beträgt der **Anteil von Frauen an den Arbeitskräften** in Singapur 39%. Von 100 Frauen sind 37 berufstätig. 264.198 der 481.476 weiblichen Arbeitskräfte sind im gewerblichen Sektor tätig.

(vgl. SOAA März 89, S.114)



Wohlstand auf Zeit? Keine Zukunft für die Kinder? – Junge Mittelstands-Familie in Singapur

(Foto: AW 17.2.'89)